

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM., wozu 10% Abzug. Alle Postgebühren vorbehalten. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Postkosten und andere Abgaben zu jeder Zeit zu übernehmen. In Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen ist kein Anspruch auf Vorkosten der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Abonnement eingeleitet. Geschäftsstelle: Wilsdruff.

Angabepreis: Die 8 Spalten: Hauptzeile 20 Rpf., die 4 Spalten: Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf., die 2 Spalten: Reklamierzeile im rechten Teil 1 Reichsmark, Nachzahlungsgebühr 20 Reichspennige. Sonstige Reklamierzeilen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen für die Wichtigkeit der Angelegenheiten werden nach der Wichtigkeit im Konkurrenzgebot. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rosßen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 108 — 89. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Anzeigblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 10. Mai 1930

„Heimlich, still und leise...“

Der heimliche König. — Deutsche in Frankreich. — „Von der Reise zurück.“

„Heimlich, still und leise“ ist im Lauf der ersten Maiwoche der Young-Plan oder vielmehr, um genauer zu sein, der „Neue Plan“ tatsächlich in Kraft getreten; denn auch die beiden letzten Mächte, deren Ratifikation der Haager Vereinbarungen noch ausstand, England und Italien, haben dem französischen Außenminister mitteilen lassen, daß ihre Staatshäupter die Unterschriften vollzogen haben. Die Lokomotive wird nun ihre Fahrt beginnen und Deutschland wird immer neues Heizmaterial liefern müssen. Sie stand ja schon seit einiger Zeit „unter Dampf“, denn das Hauptinstrument für die Durchführung des Plans, die „Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich“ in Basel, ist organisiert und wartet nun nur noch auf die erste deutsche Zahlung, die schon am 15. Mai geleistet werden wird. Nach außen hin wird sich diese Umstellung der Art, wie die deutschen Leistungen an die Gläubigerstaaten sich künftig vollziehen sollen, also vorerst kaum sehr bemerkbar machen und ebenso unbemerkt wird nach bald sechsjähriger Tätigkeit der Reparationskommission mit seinem Bureau und seinen Unternehmern aus Deutschland verschwinden, wo er wie ein heimlicher König herrschen durfte. Er hat dafür gesorgt, daß der Dawes-Plan bis zum letzten 3-Punkt ausgeführt werden mußte, und nicht immer war die Art, wie er die Anstrengungen Deutschlands fruchtbar machte, sich hochzuarbeiten trotz des Dawes-Plans, von irgendwelchem Wohlwollen und selbst von unbedingter Objektivität im Urteil getragen, — aber der nüchternen, die Dinge rein geschäftsmäßig behandelnde Amerikaner verfiel doch nie in den Ton der Geschäftlichkeit, den in den vergangenen zehn Jahren die Reparationskommission so oft Deutschland gegenüber anschlug; aber auch mit diesen „ehrenwerten Deuten“, um mit Shakespeares Antonius-Worten zu sprechen, hat ja Deutschland jetzt gottlob nichts mehr zu tun, sondern nur noch mit den Herren im „Turm zu Basel“.

Nach außen hin viel bemerkbarer wird aber die erste Tat sein, die aus diesem Turm hervorgehen soll, die „German loan“, die erste Anleihe auf Grund der deutschen Jahreszahlungen. Ein Drittel von dem Ergebnis, nämlich 100 Millionen Dollar, soll dann Deutschland selbst bekommen, für die Reichsbahn und die Reichspost als langfristige Kredite, — und diese beiden großen „Arbeitsgeber“ werden die Summe schleunigst in Form von Aufträgen in die deutsche Wirtschaft hineinschießen lassen. Wir sehen ja heute in Deutschland ein Heer von Arbeitslosen, das mit seinen drei Millionen um etwa ein Drittel größer ist als im Jahr zuvor. In Europa ist allein Frankreich in der glücklichen Lage, keine Arbeitslosigkeit zu haben, überdies viele Zehntausende fremder Arbeitskräfte beschäftigen zu können. Nicht etwa bloß für deutsche Sachlieferungen, für mannigfache Arbeiten „auf Reparationskonto“, bei denen in großem Umfang deutsche Arbeiter, Angestellte, Ingenieure usw. in Frankreich beschäftigt werden, sondern darüber hinaus hat die Pariser Regierung z. B. auch mit dem Bundeskanzler Dr. Schober vereinbart, daß eine nicht unerhebliche Zahl österreichischer Erwerbsloser Arbeit in Frankreich erhalten soll. Ist doch in der Deutsch-Österreich die Arbeitslosigkeit groß und man fürchtet in Wien die Auswanderung, also den endgültigen Verlust zahlreicher Volksgenossen. Eng und gefährlich — überfüllt ist Mitteleuropa, und ein bitteres Gefühl ist es, zu vernehmen, daß Deutsche nach Frankreich gehen müssen — gewiß nicht gezwungen, nicht als „Tributisten“ — aber doch, um dort Erd-, Straßen- und Schienenarbeiten anzunehmen und zu verrichten, für die man heute in Frankreich selbst Arbeiter ebensowenig finden mag wie vor dem Kriege in Deutschland. An die großen Befestigungsarbeiten Frankreichs werden die Fremden natürlich nicht herangezogen.

Dort wichtigstes weltpolitisches Geschehen — denn mit dem „Neuen Plan“ hebt eine neue Epoche der Nachkriegszeit an — mit seinen schwerlastenden Folgen für Deutschland, und in Deutschland selbst demgegenüber ein Sichverrennen in parteipolitische Auseinandersetzungen oder — schlimmeres. Im Preussischen Landtag verlangt das mit den Sozialdemokraten in Koalition sitzende Zentrum von diesen, etwas mehr Zurückhaltung zu üben in ihrer Oppositionsstellung gegenüber dem Reichskanzler und der Parteienkonstellation im Reichstag, in der dasselbe Zentrum personell die Führung hat. Der preussische Ministerpräsident Brauns fand konstante Worte des Entgegenkommens, bestritt es, daß im Reich die Sozialdemokratie sich der Verantwortung für die Folgen der Annahme des Young-Plans arglistig entziehen habe. Man brauche trotzdem nicht im Reich und in seinem größten Freistaat, Preußen, nun gleich „gegeneinander“ zu regieren! Aber im deutschen Parteilieben — wer dabei unerschuldig ist, werfe den ersten Stein auf die andern! — stellt man ja immer die „grundsätzliche“ über die rein „sachliche“ Opposition, zerstört dieser damit die schwerwiegenden Aufgaben und Veräntwortungspflichten, die sie ausüben hat.

Zölle, Reallohn und Handelspolitik

Das Reichswirtschaftsministerium.

Dieterich gegen Subventionen.

Mit dem Beginn der Beratungen über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums trat der Haushaltsausschuß des Reichstages Freitag in hochinteressante Verhandlungen ein, die zahlreiche wichtige Anregungen und Meinungen über die Lage und über die Ausichten der deutschen Wirtschaft, über die etwaigen Einwirkungen der Zölle, der Lohnbesserungen, der Subventionen auf Landwirtschaft und Industrie zutage förderten. Besonders fiel auf die Stellungnahme des Reichswirtschaftsministers gegen das Festhalten an einer Subventionspolitik und seine Erklärung, das Reich müsse nach dem 1. Oktober 1935 völlig frei Hand behalten in bezug auf Neugestaltung seines Zollsystems.

In der Auseinandersetzung kamen die Redner der verschiedenen Parteien zu Wort. Starke Gegensätze machten sich bemerkbar, mitunter deckten sich aber auch die ausgesprochenen Wünsche der sonst sich entschieden gegenüberstehenden Richtungen.

Aus der Debatte.

Abg. Dr. Köhler (Ztr.) stellte aus den Erläuterungen des Etats mit Bedauern fest, daß danach die Saarverhandlungen nicht den erhofften schnellen Fortgang genommen hätten. Die letzte Zoll- und Steuererhöhung habe die babische Holzindustrie, die im Grenzland Baden sehr wichtig sei, in eine schwere Situation gebracht. Die Auflösung des Ministeriums der besetzten Gebiete dürfe nicht zu einer Abspaltung der übrigen Ministerien führen.

Abg. Dr. Reichert (Dm.): Bei der Subventionierung von Wirtschaftsbetrieben muß unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß keine Verschärfung der Konkurrenz seitens unterstützter Betriebe gegen die übrigen Betriebe entstehen kann. Es muß auch der von Dr. Curtius früher aufgestellte Grundsatz durchgeführt werden, daß die Betriebe der öffentlichen Hand auf das unerlässliche Mindestmaß beschränkt werden. Sehr bedeutsam war die vom Arbeitsminister Dr. Stegerwald gemachte Feststellung, daß über 12 Millionen Menschen, also ein Fünftel des deutschen Volkes, Jugendangelegenheiten aus öffentlich-rechtlichen Mitteln erhalten im Betrag von 13,9 Milliarden Mark pro Jahr.

Abg. v. Naumer (D. Vp.): In unserer Handelspolitik hat es sich gezeigt, daß wir mit den Methoden der Vorkriegszeit nicht weiterkommen. Festhalten sollten wir an dem System der Exportförderung, das sich gut bewährt hat. Die Subventionierung von nichtlebenden Betrieben darf nicht dazu führen, daß die gesunden Betriebe mit Hilfe der Subvention niederkonkurriert werden. Die Subventionspolitik hat sich

überhaupt aufgelöst und wir sollten in Zukunft hartnäckig werden gegen Forderungen dieser Art.

Abg. Farnow (Soz.) bestritt, daß die Starrheit der Lohnsätze die Besserung der Wirtschaftslage hindere. Die Tariflöcher sind gar nicht hart, sondern elastischer als die Preise. Jetzt scheint die Zeit gekommen zu sein, in der das Reichswirtschaftsministerium viel aktiver werden muß in der Preiskontrolle, Preisüberwachung und Preisbeeinflussung.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) wünschte die baldige Vorlegung der Handelsverträge mit Österreich und Polen. Die Zollwünsche bestimmter Industrien sind häufig schlecht begründet. Die Methode der gegenseitigen Abschließung durch hohe Zölle halten wir für bedenklich.

Reichswirtschaftsminister Dieterich.

An dem heutigen Zollsystem werden wir vorläufig nichts ändern können, denn unser Vertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika bindet uns bis 1. Oktober 1935 an das Meißbegünstigungssystem. Nach diesem Zeitpunkt aber werden wir zu einem anderen System kommen müssen.

Wir werden uns für die Zeit nach dem 1. Oktober 1935 freie Hand sichern müssen. Die Reallohnpolitik wird ganz von selbst gefördert werden durch die Wirkung, die der Zusammenbruch der Rohstoffpreise auf die übrigen Preise haben muß. Das abfällige Urteil über die Subventionspolitik unterschreibe ich. Diese Politik konzipiert auf die Dauer den Verfall. Es ist wirtschaftspolitisch kein Vorteil, wenn man eine kranke Wirtschaft subventioniert, damit sie eine gesunde auch krank macht. Bei der Hilfe soll die Lastentlastung für die Landwirtschaft auch auf Gewerbe, Handel und Industrie ausgedehnt werden. Das Kernprogramm unserer Wirtschaft ist die Arbeitslosenfrage. Die Aufgabe ist, diese unglücklichen Arbeitslosen produktiv zu beschäftigen.

Abg. Dr. Dessauer (Ztr.): Das Wirtschaftsministerium soll nach unserer Auffassung etwas sein wie eine Generaldirektion der Firma Deutsches Reich. Es soll die Willensbildungsstelle für die Führung der deutschen Wirtschaft werden. Die Förderung der Kapitalbildung wird sich erst nach einem langen Zeitraum erfüllen lassen.

Abg. Sachsenberg (Wirtschaftspartei): Die Nationalisierung läuft praktisch leider in den meisten Fällen auf Verstrickung hinaus. Wir werden einer weiteren Subventionierung der Schienenwerke nicht zustimmen. Für die Exportförderung müßte viel mehr geschehen als bisher.

Abg. Graf Westarp (Dm.) legte größten Wert darauf, daß neue Bindungen auf längere Zeit in den Handelsverträgen nicht eingegangen werden.

Nach weiteren Bemerkungen wurde die Aussprache beendet. Ein sozialdemokratischer Antrag, bei der Bewilligung der Gelder an das Reichsministerium für Wirtschaftlichkeit darauf zu bringen, daß mehr Arbeitnehmern beim Kuratorium tätig sind und das Wirtschaftsministerium auf vermehrte Prüfung der Ausgaben des Kuratoriums hinzuwirken, wird angenommen.

Stoff genug dürfte sie dafür haben. Im Großen wie im Kleinen, das — leider — sich bisweilen zu einem großen Skandal ausweicht. Überschrift: Berlin. Man weiß schon gar nicht mehr, wieweil Stadträte nun eigentlich den Gang zur Untersuchungsbehörde antreten müßten. Überraschend oft war dieser Weg recht — lang, weil sein Ausgangspunkt irgendein Erholungsort im sonnigen Süden war, von wo der Angeklündigte erst herbeigerufen werden mußte. Krankheiten grassieren geradezu unter den mit schwerem Verdacht Belasteten und seit mehr als einem halben Jahr hat des Reiches Hauptstadt sein — Haupt. Viel schneller als sie alle dachten, stand über sie in den Zeitungen das übliche „Von der Reise zurück“. Aber wohl keinem von ihnen wird gestattet werden, unter diese Mitteilung auch noch den Satz zu stellen: „Nehme meine Praxis wieder auf“, weil vor ihnen — Praktiken die Öffentlichkeit nun endlich und energisch geschnitten werden muß. Waren diese Praktiken denn doch etwas allzu „heimlich, still und leise“.

Langendurchbruch im Kaliwerk Bienenburg.

Gefährdung des Bahnverkehrs.

Im Kaliwerk Bienenburg am Harz ereignete sich ein starker Langendurchbruch. Die Lauge drang von Schacht I nach Schacht II vor. Der Versuch, die Zugangsstrassen zu diesem Schacht abzudämmen, mißlang. Sämtliche Grubenbaue mußten geräumt werden. Die gesamte Betätigung ist in Sicherheit gebracht worden. Die Straße an der Zunderfabrik Bienenburg mußte gesperrt werden, da sich am Teich der Zunderfabrik ein Krater von etwa 12 Metern Durchmesser gebildet hat.

Das Erlaichen des Kaliwerkes hat die darüberliegende, dem Güterverkehr dienende Eisenbahnstrecke Bienenburg—Grauloh in Mitleidenschaft gezogen. Der Bahndamm ist infolge Trichterbildung eingestürzt. Auch die Strecke Goslar—Halberstadt ist zwischen dem Personenbahnhof und dem Verschiebebahnhof Bienenburg gefährdet. Durchgehende Personenzüge werden über Heudeber—Danstedt—Bad Harzburg. Güterzüge über Börsum umgeleitet. Es bilden sich immer neue Erdtrichter. Schon auf der Braunschweiger Chaussee sieht man

an mehreren Stellen Risse im Pflaster. In einer Wand des Harz-Werkes hat sich ein Trichter von 30 Metern Durchmesser gebildet. Er liegt ungefähr über Schacht I. Der Führer eines Benzowagens der Bezirksinspektion, der von Schacht II kam und zum Direktionsgebäude wollte, sah plötzlich vor sich inmitten der Straße einen Abgrund, und konnte gerade noch auf dem Schienenstrang der Bergbahn halten, mit seinen vier Fahrgeäßen aussteigen und sich auf festen Boden retten. Jetzt liegt der Wagen tief im Schlund des dauernd einrutschenden Trichters. Die Schienen der Güterstrecke nach Grauloh schweben in der Luft. An vielen anderen Stellen ist der Bahndörper ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Direktionsgebäude des Werkes wurden geräumt, da mit einer weiteren Ausdehnung des Erdtrichters gerechnet werden muß. Die Untersuchungen der Schächte haben ergeben, daß in Schacht II noch in Höhe der zweiten Sohle kein Wasser zu finden war; in Schacht III sind schlechte Gase entstanden, die ein weiteres Eindringen in den Schacht verhindern. Das Schicksal der Werke ist bisher vollkommen unsicher, und es ist zu befürchten, daß weitere Störungen des Gesamtverkehrs eintreten werden. Auf jeden Fall befinden sich die Erdrutsche noch in voller Bewegung.

Hoffnungslose Lage.

Die Lage im Kaliwerk Bienenburg hat sich dadurch fast verschlimmert, daß jetzt sämtliche drei Schächte erfassen sind. Der ganze Betrieb des Kalibergwerkes ruht seit Donnerstag nachmittag. In amtlichen Stellen hält man die Lage für sehr ernst, fast für hoffnungslos; Hoffnung auf Wiederinstandsetzung der Grubenbetriebe sei nicht vorhanden.

Damit wäre das Schicksal der Kaliindustrie in Bienenburg besiegelt, was für die Bergarbeiter, für den Ort und seine Umgebung schwere wirtschaftliche Schädigungen zur Folge haben müßte. Auch bei Wiedeloh ist ein Trichter entstanden, ebenso auf dem Gelände von Sievers Fabrik; der letztere Trichter hat einen Durchmesser von 30 Metern, er ist drei Meter tief.

Bienenburg, 9. Mai. Durch den Wassereintritt auf dem Kaliwerk sind bis jetzt etwa 400 Arbeiter aus Bienenburg und weitere 100 aus der Umgebung brotlos geworden. An verschiedenen Stellen im Ort zeigen sich mächtige Spalten und Erdrisse. Die Befürchtung liegt nahe, daß das Zerfallswerk noch